

14. Bundestagung und Bundesdelegiertenversammlung 15. bis 17. September 2017

Fuldataal

Begrüßung und Rechenschaftsbericht

Liebe Mitglieder

bevor wir die 14. Bundesdelegiertenversammlung und Bundestagung eröffnen, bitte ich Euch sich von den Plätzen zu erheben und dem ehemaligen Landesvorsitzenden der LAG Schleswig-Holstein, Rolf Vieten, welcher im Sommer völlig unerwartet verstarb, mit einer Schweigeminute zu gedenken

Danke

Rolf Vieten ist als Urgestein der Bewährungshilfe in Schleswig-Holstein zu bezeichnen und der Frage von Arne Hoffmann, mit wem man denn dann die Welt verbessern soll?, ist nach m. E. zuzustimmen. Der viel zu frühe Tod von Rolf ist ein großer Verlust für unseren Verband.

Der amtierende Geschäftsführende Bundesvorstand verleiht posthum Rolf Vieten die Ehrenmitgliedschaft der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer e. V.

Liebe Mitglieder,

im Namen des Geschäftsführenden Bundesvorstand begrüße ich Euch auf das herzlichste zu unserer Bundesdelegiertenversammlung und ich finde es sehr toll, dass wir wieder ein gemeinsames Wochenende miteinander verbringen werden, um unseren Verband weiterzuentwickeln und weitere berufspolitische Akzente setzen wollen.

Hier im schönen Fuldataal haben wir in den verschiedensten Gremien schon sehr häufig getagt und die Arbeitsbedingungen sind nahezu ideal. Wir haben hier alles was man zum Arbeiten benötigt, tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Einrichtung, ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis und nicht zuletzt, die DOCUMENTA Stadt Kassel vor der Tür, wo dieses Jahr die 14. Ausgetragen wird und hoffentlich noch weitere folgen werden.

Wir haben schon oft hier in Fuldataal getagt, aber eigentlich nie einen Blick in die Stadt Kassel gewagt. Im letzten Jahr habe ich mir allerdings dann doch mal einen Abstecher auf die Wilhelmshöhe gewagt, die so oft von Weiten wahrgenommen wurde und die mich durch den Besuch dann doch beeindruckt hat.

Die DOCUMENTA ist ca. so alt wie ich selbst und ich bin irgendwie mit ihr groß geworden, wenn auch nur am Rande und aus der Distanz.

Die DOCUMENTA immer spektakulär, außergewöhnliche Kunstwerke, welche meistens Verwunderung oder Bestürzung auslöste und deswegen wohl immer auch präsent blieb...

Für mich ist interessant, dass bis auf 16 Kunstwerke aus den vorangegangenen Ausstellungen, alle anderen Ausstellungsstücke zerstört wurden. Immer jedoch war es die Schlechteste und so habe ich

es im Verlauf der Diesjährigen auch schon vernommen und dachte, na hoffentlich verschreckt es nicht unsere Delegierten. Am Vormittag konnte ich jedoch beeindruckend erleben wie das „Pantheon der verbotenen Bücher“, welches an diesem letzten Wochenende der DOCUMENTA durch das Abtragen der Bücher demontiert wird, die Bücher von den Besuchern weggeschleppt werden. In diesem Fall wird die Kunst zerlegt und beseitigt...ein phantastisches Erlebnis, weswegen ich mich bei aller vernommenen Kritik doch auf unseren gemeinsamen Besuch auf der DOCUMENTA freue und wir damit auch unserer Tradition folgend wieder Arbeit mit Kunst- oder Kulturgenuss zu verbinden.

Natürlich sind wir hier vordergründig zum Arbeiten zusammengekommen. Unser Arbeitstitel „Zurück in die Zukunft“ soll bedeuten, dass wir an der gegenwärtigen Situation nicht schuldlos sind, wo die Bewährungshilfe einen Paradigmenwechsel erfährt und in fast allen Bundesländern Modelle der Risikoorientierten Bewährungshilfe eingeführt ist. Dennoch haben wir uns in den letzten Jahren besonnen und mit all unserer Kraft bis über die Belastungsgrenze hinaus dagegen angekämpft. Beispielhaft sei hier der dramatische Einsatz der Kolleginnen und Kollegen aus Hessen benannt. Und ja es ist gegenwärtig zu bilanzieren, dass wir den Kampf scheinbar verloren haben und der Eindruck sich erweckt, dass es all die Anstrengungen nicht gegeben hätte. Bei den kämpfenden Protagonisten macht der Körper schlapp und die Seele brennt...

Natürlich stellt sich die Frage: „Wozu das Alles?“, die berechtigt ist und Frustration ausdrückt. Aber wir sind ja nicht allein mit diesem Gefühl und einem Text von Mechthild Seithe ist zu entnehmen, dass es unserer Anliegen sein muss, sich zu wehren...Dort heißt es:

„Ab wann steigen wir nicht mehr aufs Dach?“

Eine Sozialarbeiterin berichtet von ihren Erfahrungen in der sozialen Arbeit:

„Mein Vater ist Dachdecker. Als ich neulich bei meinen Eltern zu Abend aß, erzählte er von seinem Tag. Darüber, dass er heute ein Dach nicht decken konnte, weil das Gerüst noch nicht da war. Jemand von der Bauleitung meinte zwar, sie sollten einfach im Haus die Treppen hoch gehen und aufs Dach steigen und so mit den Baumaßnahmen beginnen. Mein Vater und dessen Kollegen lehnten jedoch diesen Vorschlag ab, was bei der Bauleitung auf Unverständnis stieß. Aber mein Vater war sich darüber im Klaren, dass er Recht hatte. Er wusste genau, dass unzählige Bausicherheitsbestimmungen auf seiner Seite waren. Er war sich sicher, dass er solchen Wünschen nicht nachkommen muss und die Arbeit ohne sicheres, geprüftes und abgenommenes Gerüst nicht aufnehmen darf. Schließlich wusste er auch um seine Familie, welche ihn natürlich jeden Tag wieder abends gesund zu Hause begrüßen wollten.“

Um beim Beispiel Hessen zu bleiben, hier wurde tatsächlich versucht deutlich zu machen, ab wann wir nicht mehr bereit sind, aufs Dach zu steigen und mit der parlamentarischen Anhörung im Landtag, um die Zukunft der Sozialen Arbeit in unseren Bereich auch politisch zu streiten.

Die LAG Hessen und ihre Vertreter haben deutlich gemacht, wir lassen uns dieses aufgedrückte System nicht länger gefallen! Sie haben versucht Hintergründe und Absichten, die Ziele und das Menschenbild, welches sich hinter dem unzumutbaren neoliberalen Konzepten der „modernen Sozialen Arbeit“ steht, aufzudecken und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären.

Mechthild Seithe äußert sich in ihrem Artikel:

„Worum es geht...

„Ach, weißt du, ich bin gar kein politischer Mensch. Ich möchte einfach nur eine gute Arbeit machen und die unterstützen, die es brauchen“. So sagte vor einiger Zeit eine Kollegin zu mir. Sozialarbeitende sind doch keine Politiker/innen. So denken viele: „Wer die Welt verändern will, der soll nicht die soziale Arbeit für sein Medium halten. Da würde es doch wirklich um Einmischung und politische Stellungnahmen in der Öffentlichkeit, in den Medien, in der offiziellen und der außerparlamentarischen Politik gehen. Sozialarbeitende helfen konkreten Menschen bei konkreten Problemlagen. Da bleiben doch für Politik kein Raum und keine Zeit!“

Zur Notwendigkeit der Politisierung der Sozialarbeitenden

Diese Haltung ist genau das, was man von uns will. „Macht ihr mal eure Aufgaben, wir kümmern uns um die Rahmenbedingungen und da haben wir eben (unsere) Maßstäbe“. Faktisch regelt und reglementiert die herrschende Politik unser Tun durch Vorschriften, wie Begrenzung auf Case Management und fünf Sitzungen ohne die Verpflichtung zur ausführlichen Dokumentation und Nutzung der vorgegebenen Software.

Sie steuert unsere Handlungsspielräume durch Kürzungen, Zeitbegrenzungen, Festlegung der Dauer von Maßnahmen (entgegen wissenschaftlicher Empfehlungen). Sie legt die Zielrichtung fest: Es geht immer darum, dass Klienten/innen zukünftig besser funktionieren sollen und ihr eigenes Humankapital verantwortlicher im Interesse des Systems zu pflegen haben. Sie definiert, was unser Erfolg zu sein hat. Sie definiert dies anhand von formalen Kriterien, um betriebswirtschaftliche Erfolgsdefinitionen. Man muss den Erfolg zählen und sehen können – und er muss sich rechnen.

Wir sind Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagog/innen, wir wollen helfen, das ist unser Beruf, deshalb sind wir auch so lange still gewesen und haben immer versucht, das Beste aus der Situation für unsere Klient/innen zu machen. Helfer/innen kämpfen für ihre Klient/innen und reden nicht groß darüber. Wenn wir die Lage aber wirklich kritisch betrachten, dann müssen wir hier und heute feststellen: Es ist jetzt an der Zeit, dass wir nicht länger den Mund halten und schweigen. Es ist viel mehr unsere Pflicht und unsere Verantwortung, nach draußen an die Öffentlichkeit zu treten und klar zu sagen, was bei uns los ist. Denn wir haben schon lange nicht mehr die Bedingungen unserer Arbeit, die wir brauchen, um gut und nachhaltig helfen und unterstützen zu können. Wir haben schon lange große Sorge, dass es in unserer Arbeit und überhaupt in dieser Gesellschaft nicht mehr um die Chancen und das Glück von Menschen geht, sondern nur noch darum, dass die Menschen sich mit all ihrer Kraft für das Funktionieren und das Florieren der Wirtschaft einsetzen und für deren Gewinne, die dann nur bei Wenigen ankommen.

Forderung einer kritischen sozialen Arbeit

Es bewegt die kritische Sozialarbeit zwei große Sorgen.

(1)

Soziale Arbeit kann so viel, aber sie braucht die erforderlichen Arbeitsbedingungen (vgl. z. B. Seithe 2012; Kesl et al. 2006; Messmer 2007) und die haben wir schon lange nicht mehr:

- Uns werden Stellen gestrichen.

- Es fehlt die Zeit für die Klient/innen.
- Die Aufgaben werden immer schwieriger, weil die Probleme, die Menschen in unserer Gesellschaft haben können, immer schwieriger werden.
- die Verantwortung, die wir tragen müssen, wiegt gerade unter diesen schlechten Bedingungen immer schwerer.
- Wir können unter den gegebenen Bedingungen unsere Aufgaben nicht mehr so bewältigen, dass eine gute soziale Arbeit dabei herauskommt.
- Wir arbeiten zudem unter höchst prekären Bedingungen.

Deshalb verlangen wir bessere Arbeitsbedingungen, um gute soziale Arbeit machen zu können und um Menschen nicht mit halben Sachen und nur oberflächlicher Hilfe abspesen zu müssen.

(2)

Soziale Arbeit, wie wir sie uns vorstellen und wie es unsere wissenschaftlich orientierte Profession nahe legt, tritt für soziale Gerechtigkeit ein. Sie ist kein Kind neoliberaler Gedanken und Absichten. Aber sie wird gegenwärtig dazu verleitet und praktisch dazu gezwungen, es doch zu sein.

Man macht uns vor, dass man heute Menschen nur dann fördern soll, wenn sie selbst auch etwas dafür leisten, dass man mit Sanktionen arbeiten kann, wenn Leute „nicht aus dem Knick kommen“. Man macht uns vor, dass manche Menschen mehr wert sind, als die anderen, weil sie angeblich für die Gesellschaft mehr leisten. Man macht uns vor, dass unsere Aufgabe darin besteht, zu allererst dafür zu sorgen, dass Menschen alles tun, um zu arbeiten – irgendetwas, irgendwie, zu irgendeinem Lohn. Man erzählt uns, dass dies das Ziel der Entwicklung von Menschen sei.

- Wir aber wollen eine soziale Arbeit, die für die Probleme der Menschen Zeit hat und die die Menschen nicht als Ware behandelt und zu Befehlsempfängern/innen abwertet.
- Wir wollen eine Soziale Arbeit, in der die Menschen und nicht das Geld ausschlaggebend sind.
- Wir brauchen eine soziale Arbeit, bei der nicht die Entscheidung zur Unterstützung davon abhängig gemacht wird, ob ein Mensch das Geld und diese Investition auch lohnt, weil er oder sie vielleicht nie wirkliche Leistungsträger/in werden kann. Wir halten vielmehr diese Fragestellung für höchst unmoralisch und menschenverachtend.
- Wir fordern eine soziale Arbeit, die versucht, für die Menschen da zu sein und alle Menschen zu integrieren, statt einen Teil von ihnen wegzuschieben und auszuschließen.

Eine kritische soziale Arbeit ist entsetzt und erbost darüber, dass wir durch die Politik gezwungen werden, uns an einer neuen, quasi industriellen sozialen Arbeit zu beteiligen, die sich zudem auch noch an den Problemen der Ausgeschlossenen, Belasteten und Benachteiligten bereichern darf. Soziales ist keine Ware. Soziales kann nicht als Gewinnergeschäft geführt werden. Mit Sozialem darf niemand Profit machen. Unsere Profession sollte darauf bestehen, dass soziale Arbeit wieder das tun kann, was die Aufgabe unserer Profession ist – nämlich für die Menschen parteilich einzutreten, die unter den gesellschaftlichen Bedingungen leiden, die also von der Gesellschaft vernachlässigt und zurück gedrängt werden.

Warum schweigen die Kolleg/innen?

Erstaunlich ist die Widerstandslosigkeit, mit der diese Veränderungsprozesse abgelaufen sind und weiter ablaufen. Woher kommt diese Ohnmacht? Hier dürfte verschiedene Faktoren eine Rolle spielen.

(1.) Zum einen ist in Deutschland, selbst im Westen des Landes, soziale Arbeit eine Profession

mit gering ausgeprägtem Selbstbewusstsein und wenig professioneller Identität. (Vgl. z. B. Seite SETHE 212; Heite 2008; Nadai et al. 2005). Das hat mit der Tradition soziale Arbeit als helfenden Beruf zu tun, der es schon immer schwer hatte, seine Aufgaben und Kompetenzen von dem abzusetzen, was jede/r gutwillige Bürger/in meint, im Sinne von Nächstenliebe oder Altruismus selbst leisten zu können (Vgl. Seite 2012). Soziale Arbeit war und ist zudem ein Frauenberuf und wird in der Gesellschaft nach wie vor entsprechend gewertet (Vgl. Nadai et al. 2005). Hinzu kommt die Tatsache, dass die gesellschaftliche Akzeptanz eines Berufes korreliert mit den Bevölkerungsgruppen, um die er sich kümmert bzw. die seine Leistung nutzen. Soziale Arbeit hat ebenso wenig eine wirkliche Lobby in unserer Gesellschaft wie unser Klientel.

Kein Wunder also, dass das Angebot des „aktivierenden Staates“ an diese Profession eine neue, wichtige Rolle im großen neoliberalen „Erziehungsprojekt“ der Menschen zu spielen, bei unserer nach Anerkennung und gesellschaftlicher Bedeutung lechzenden Profession von vielen Praktiker/innen (aber auch von vielen Wissenschaftler/innen) mit Freude aufgegriffen wurde und weiter aufgegriffen wird (Vgl. Heite 2008).

Der Preis dafür ist allerdings hoch:

Hiermit wird jede gesellschaftskritische Position der sozialen Arbeit aufgegeben und soziale Arbeit nur noch auf „Verhaltenstraining“ und Verwaltung reduziert (Vgl. z. B. Seite 212).

(2.) Zum zweiten erlebt zwar ein großer Teil der Praktiker/innen die derzeitige Situation als verstärkte Belastung (Vgl. z. B. Eichinger 2009; Seite 2012; Messmer 2007). Viele sehen sich dabei aber einer Zwangslage gegenüber, die für den „normalen Sozialarbeitenden“ nicht auflösbar ist. Für Praktiker/innen die mitten in diesem Veränderungsprozess stehen und mit den alltäglichen Zumutungen und Herausforderungen der Ökonomisierung und der neosozialen Politik konfrontiert sind, ist es tatsächlich nicht einfach, sich diesen Entwicklungen entgegen zu stellen. Sie sind nämlich - im Unterschied zu bspw. Wissenschaftler/innen - nicht nur von den fachlichen Widersprüchen, sondern auch von existenziellen Problemen betroffen. Sie müssen ständig um ihren Arbeitsplatz fürchten, ja sogar um das Fortbestehen ihres Trägers bangen und für diesen dann mit Verantwortung

tragen: Den Träger, die als wirtschaftliche Unternehmen geführt werden, stehen unter permanenten Druck sich zu behaupten, um wirtschaftlich überleben zu können. Insofern ist es heute für Praktiker/innen doppelt und dreifach schwer, sich zu wehren und gegen die Deprofessionalisierung und Vereinnahmung unserer Profession Widerstand zu leisten (Vgl. Eichinger 2009).

Unter solchen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass die Betroffenen alle möglichen Formen und Wege der Bewältigung dieser Belastungen und Diskrepanzen wählen: Angefangen bei der bloßen ängstlichen oder pragmatischen Anpassung zur Verleugnung der eigenen Wahrnehmung, über Versuche des passiven Widerstandes durch sukzessive Tricks, die die neuen Bedingungen unterlaufen und aushebeln sollen, bis hin zu Reaktionen wie Burnout oder den radikalen, ethischen Umschwung

zu einem Berufsverständnis, dass die Klienten für nicht erfolgte soziale Arbeit schuldig spricht und sich von jeder Parteilichkeit für sozial Benachteiligte kalt verabschiedet.

(3.) Ein dritter Erklärungsversuch findet Ursachen für diese widerstandslose Übernahme der Profession in deren eigenen theoretischen Grundlagen, also in der Disziplin sozialer Arbeit selbst. Füssenhäuser (2009) stellte die Frage, ob die lebensweltorientierte soziale Arbeit nicht selbst mit ihren eigenen konzeptionellen Vorstellungen dazu beiträgt bzw. beigetragen hat, die Dethematisierung soziale Probleme und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Notwendigkeiten zu legitimieren. Somit würde sich die lebensweltorientierte soziale Arbeit möglicherweise selbst in die Fallen hineinführen, in die die Aktivierungspolitik sie locken will. Notwendig wäre aus diesem Grund aus Sicht der kritischen sozialen Arbeit eine konsequente Infragestellung und Entlarvung der Umkodierung von in der sozialen Arbeit „bislang als gültig erachtete Denk-, Handlungs- und Problematisierungslogiken des sozialstaatlichen Arrangements „(Ziegler 2008, Seite 168) durch den „aktivierenden Staat“, der die lebensweltlichen Ansätze als Module einer modernen Sozialtechnik nutzt - jenseits und abgelöst von ihrer kritischen Intension.

Betrachtet man die beschriebenen drei Ursachenhintergründe, die für die gegenwärtige Ohnmacht der sozialen Arbeit gegenüber den neoliberalen Zumutungen eine Rolle spielen könnten, so ergeben sich die folgenden strategischen Ansätze, die eine engagierte und kritische soziale Arbeit auf den Weg in einen organisierten und bewussten Widerstand verfolgen müsste:

(1)

Alles, was zu mehr Selbstbewusstsein der professionellen Sozialarbeit beiträgt, was die eigene fachlichen und ethischen Positionen stärkt, kann dazu beitragen, dass Praktiker/innen mehr Mut und mehr Durchsetzungskraft in der alltäglichen Auseinandersetzung gewinnen. Hier sind vor allem Hochschulen (Vergleich z. B. Seithe 2012; Kessl et al. 2006, abgekürzt Seite 117 ff.), Gewerkschaften, der Berufsverband und Fortbildungsträger gefordert.

(2)

Um dem täglichen Stress, der Angst um die eigene Existenz und um der paralysierenden Identifikation mit dem Arbeitgeber zu entgehen, ist das Zusammenschließen mit Kolleg/innen die beste Bewältigungsstrategie. Gemeinsamer Erfahrungsaustausch, die Entwicklung gemeinsamer Strategien der Gegenwehr, die gemeinsame Verbesserung von Berufsidentität und Selbstwertgefühl als praktizierende Sozialarbeit/innen gelingen übrigens am besten außerhalb des eigenen Betriebes in formellen oder auch informellen Gruppen und/oder Organisationen (vgl. Eichinger 2009). Auch hier kommt z. B. den vorhandenen Berufsständigen, kritischen Organisationen eine große Bedeutung zu. Sie sollten sich für potentielle Mitglieder nicht allein und in erster Linie als Dienstleister anbieten, sondern sich als Selbsthilfegruppen profilieren, also als Organisationen, in denen Sozialarbeitende aktiv und im eigenen Interesse mitarbeiten und mitgestalten können und dabei von der Organisation unterstützend Schutz und Ressourcen für ihr Engagement erhalten.

(3)

Der im dritten Punkt dargestellte mögliche Hintergrund für die scheinbar widerstandslose Vereinnahmung unserer Profession legt vor allem die Notwendigkeit einer theoretischen Neu- – bzw. wieder – Orientierung der Disziplin und Profession sozialer Arbeit nahe. Soziale Arbeit muss sich schnellstens daran machen, ihre Position zu den eigenen sozialpolitischen Wurzeln und Aufgaben

neu zu durchdenken und sich gegenüber den herrschenden gesellschaftlichen Systemen neu zu positionieren.

Es war ihr nie gegeben, selbst und alleine die Gesellschaft zu verändern. Aber soziale Arbeit ist/bzw. könnte eine wichtige Kritikerin der gegebenen Verhältnisse sein. Auch Mollenhauer formulierte in Bezug auf die Industriegesellschaft: „So produziert die Gesellschaft im Sozialpädagogen einen ihrer heftigsten Kritiker. Durch die immer wieder neu auftretenden Schäden gibt sie der Kritik immer wieder neue Nahrung“ (Mollenhauer 1991 S. 21).“ Auf dieser theoretischen Basis erhält ein wissenschaftlicher aber ebenso ein praktischer, kritischer Umgang mit den neoliberalen Herausforderungen eine tragfähige und grundlegende Unterstützung und Orientierung.

Sozialarbeitende sind eben keine Politiker/innen?

Dennoch, viele Sozialarbeiter/innen nehmen die gegenwärtige Realität als normal unveränderlich und als üblich wahr und sehen es nicht als ihre Aufgabe, diese zu hinterfragen oder zu bekämpfen. Sie beruhigen sich mit den Sprüchen, mit denen die Politik uns abspeist und abzulenken versucht. Dabei sollte man all diese Sprüche kritisch hinterfragen:

„Es ist doch kein Geld da!“ – Aber wo ist denn dann das viele Geld in unserer Gesellschaft? Ist der Sozialbereich nur nicht wichtig genug, nicht so wichtig wie z. B. der neue Flughafen, wie die großen teuren Prestigeobjekte und wie die Gewinne der Superreichen? Das ist eine politische Frage.

...

„Wir sind doch an die Gesetze gebunden und müssen dafür sorgen, dass sie erfüllt werden.“ ... Gesetze sind von Menschen gemacht und können von Menschen geändert werden.

Es gibt Gesetze, die heute mit Füßen getreten werden, wie das KJHG (SGB VIII). Das Gesetz zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (Hartz IV) ist z. B. menschenfeindlich und es wäre unsere Aufgabe mit dafür zu sorgen, dass die Öffentlichkeit das begreift und die Politik unter Druck setzt, dieses Gesetz zu ändern.

„Wir tun doch unser Bestes. Die Rahmenbedingungen werden halt von oben gestreckt, da haben wir doch keinen Einfluss drauf.“ - eben. Aber wir vertreten eine Profession, die aus wissenschaftlichen und ethischen Gründen andere Rahmenbedingungen braucht, um ihre Arbeit wirklich gut, d. h. nachhaltig, im Interesse der Betroffenen machen zu können. Das Politik heute einfach nach ihren Maßstäben und Interessen unzureichende Bedingungen vorgibt, ist ein verschärfter Eingriff in unsere Autonomie.

„Wir haben gar keine Zeit, uns auch noch mit so etwas zu befassen.“ - man hat schon immer Kritik und Widerstand dadurch zu verhindern versucht, in dem man die Menschen so mit Arbeit und Stress eingedeckt hat, dass sie meinten, sich nicht wehren zu können. Wenn aber Politik zum persönlichen Anliegen wird, dann wird man nicht mehr darüber klagen, dass man keine Zeit dafür hat. Man wird begreifen, dass sich diese eingesetzte Zeit doppelt und dreifach lohnt: Politische Arbeit macht einem den gekrümmten Rücken wieder gerade. Es macht Spaß mit anderen Leuten politisch zu agieren und außerdem: es gibt auch kurz-, mittel- und vor allem langfristige Erfolge dabei.

Soziale Arbeit ist immer politisch - so oder so

Wenn man es genau betrachtet, so bleibt uns eigentlich gar nichts anderes übrig, als politisch zu werden und zu handeln. Wenn wir nicht anfangen zu begreifen, dass diese von uns angestrebte „gute soziale Arbeit“ heute weder gewollt noch unterstützt wird - und das das schlicht und ergreifend die Folgen politischer Entscheidungen und politischer Konzepte sind, die den humanistischen Zielen unserer Profession mehr oder weniger diametral entgegen stehen - dann wird sich nichts mehr ändern und unsere Profession wird sich Schritt für Schritt in eine Dienstleistung für die Zwecke des aktivierenden Staates verwandeln. Hier wird es nur noch um die Pflege des Humankapitals gehen und darum, dass Menschen lernen für ihr Schicksal ganz alleine gerade zu stehen. Es wird nur noch das geleistet, was sich rechnet und das auch nur so, wie es sich rechnet.

Wir sind letztlich gezwungen „politisch“ zu werden, auch wenn Politik eigentlich nicht unser Ding und unser Interesse ist, wir sind gezwungen es zu werden, auch wenn wir nichts anderes wollen, als eine gute Arbeit in unserem Beruf zu leisten. Eine „gute“ Arbeit, die demjenigen wirklich bei der Lebensbewältigung hilft, die in unserer Gesellschaft am Rande stehen, besser: an den Rand gedrückt werden. Sozialarbeitende müssen sich überlegen, was sie sein wollen und für wen sie arbeiten möchten. Und wenn sie eines Tages spüren und nicht mehr darüber hinwegsehen können, dass sie gegen die Interessen von Menschen arbeiten müssen, dann spätestens ist es soweit: sie müssen sich entscheiden.

So gesehen ist soziale Arbeit immer politisch. Wer sagte: „Da mache ich nicht mehr mit. Ich suche mir Wege, mich mit anderen zusammen gegen die Neoliberalisierung unserer Profession zu stellen“, fängt genau dann an, bewusst politisch zu handeln.

Wenn man aber sagt: „Ich bin eigentlich kein politischer Mensch. Darum kann ich mich nicht auch noch kümmern. Ich mache meine Arbeit halt immer so gut es geht“ - dann ist man faktisch genauso politisch - nur unterstützt man durch das Wegschauen eine politische Richtung und eine politische Ausrichtung der eigenen Arbeit, die man möglicherweise eigentlich gar nicht unterstützen will. D. h.: wer schweigt, wer die Schultern zuckt, wer wegsieht, wer sich einfach anpasst, wer tut was von oben gesagt wird, wer dem Klienten verkauft was er verkaufen soll... der handelt eben auch politisch.“

In diesem Sinne sei auch an die berufspolitischen Aktivitäten der LAG Rheinland-Pfalz erinnert, die immerhin und mindestens ein Fass zum Überlaufen gebracht haben und ein Minister seinen Hut nehmen musste. Ich will sagen, die Diskussion, welche Frau Professor Seithe mit ihrem Artikel führt, wird bei uns gelebt und manchmal haben sogar wir Erfolg. Ich bin davon überzeugt, dass andere Zeiten auch für uns kommen werden, von daher freut es mich, wieder mit Euch an diesem Wochenende Politik machen zu dürfen und die Zukunft vorzubereiten, die wir mit unseren Bundesdelegiertenversammlungen und Bundestagungen in Eisenach 2011, über Vallendar 2013, Weimar 2014 und Hamburg 2016 eingeleitet haben. Auch dieses Wochenende soll dazu beitragen, die Zukunft vorzubereiten. Wir vom Geschäftsführenden Bundesvorstand, sind davon überzeugt, dass sie kommen und uns gehören wird...Die Diskussionen in Europa deuten längst darauf hin, dass man sich in Zukunft von der stringenten und einengenden Anwendung der Risikoorientierten Bewährungshilfe trennen wird, wie dieses dem Heft 3/2016 der Bewährungshilfe der DBH entnehmen kann.

Aber auch in Deutschland wächst der Wunsch nach Veränderung und wir, die ADBeV sind eben nicht mehr alleine. Es freut zu hören, dass auch im Präsidium der DBH eine Auseinandersetzung geführt wurde und sich der Verband auch vom Modell der Risikoorientierten Bewährungshilfe getrennt hat.

Spannend dürfte auch die geplante Fachtagung Anfang März kommenden Jahres in Hamburg werden, welche im Wesentlichen auch von uns wohlgesonnenen Professoren, wie Lindenberg, Bohrhardt und Cornel getragen werden und unter dem Titel: „Wissen was man tut“ stehen wird.

Das Herr Prof. Cornel hier nicht, wie ursprünglich im Gesamtbundesvorstand vereinbart, einen Eröffnungsvortrag zum Thema von Resozialisierungsgesetzen halten kann, liegt daran, dass er als Akteur, zeitgleich zu unserer Veranstaltung, auf der Bundestagung der DVJJ e. V. weilt. Ich darf Euch von ihm grüßen und soll ausrichten lassen, dass er gerne zu uns kommen möchte, auch wenn es zunächst aufgeschoben ist.

Inhaltlich mussten wir zudem auch unser Programm etwas ändern, weil unser Kollege Dr. Kipp seine Teilnahme ebenfalls absagen musste und wir uns ebenfalls entgegen der Vereinbarung, nicht mit dem Gesetz zur Stärkung der Bewährungshilfe auseinandersetzen können.

Wir werden einen intensiven Länderaustausch durchführen und auf Vorschlag der Vertreter aus Berlin und NRW ein neues Modell versuchen anzuwenden, wonach jeweils nach einzelnen und nachfolgenden Schwerpunktthemen von allen Landesverbänden berichtet werden soll. Der Länderaustausch wird immer wieder gefordert und von daher wollen wir auf der diesjährigen Tagung dafür auch den zeitlichen Rahmen zur Verfügung stellen.

Wir wollen die Veranstaltung auch dazu nutzen in Workshops die Fragen zu klären: „Was kann Bewährungshilfe und was kann sie nicht?“ Die Ergebnisse sollen dazu beitragen hier einen weiteren Schritt zur Entwicklung von Leitlinien für die Bewährungshilfe beizutragen, wie wir es auf der letzten Bundestagung in Hamburg beschlossen haben. Prof. Bohrhardt der von uns beauftragt wurde, uns dabei zu begleiten wird im Verlauf der Tagung noch zu uns vorbei schauen und eine Arbeitsmethode vorstellen, welche es uns ermöglichen soll, schneller mittels des Einsatzes von Technik in der Entwicklung der Leitlinien voranzukommen.

Es freut uns als Geschäftsführender Bundesvorstand ein Positionspapier zum Beruflichen Selbstverständnis der ADBeV und ein Arbeitspapier zur Fallbelastung den Delegierten zur Abstimmung vorzulegen und damit eine jahrelange Diskussion und Arbeit abzuschließen und einen über 20 Jahre alten Auftrag endlich zu erfüllen.

Zudem wollen wir eine kleine Satzungsänderung verabschieden, welche auf Intervention des AG Charlottenhof notwendig ist und in Hamburg versäumt wurde, schon damals dieses vorzunehmen.

Höhepunkt unserer Zusammenkunft dürfte jedoch die Wahl der Mitglieder zum Geschäftsführenden Bundesvorstand sein, der laut Satzung in diesem Jahr ansteht. Es freut mich in diesem Zusammenhang verkünden zu dürfen, dass alle bisherigen Vorstandsmitglieder erneut die Absicht haben, zu kandidieren. Dieses ist nach m. E. auch ein Ausdruck, dass wir gerne miteinander arbeiten,

uns menschlich sehr nahe sind und für die Verbandsarbeit Kontinuität für die kommende Wahlperiode in Aussicht gestellt ist.

Zu berichten bleibt:

Vorstandsarbeit

Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat nach der 13. Bundesdelegiertenversammlung und Bundestagung in Hamburg drei Mal und der Gesamtbundesvorstand ein Mal getagt.

Vertreter des Geschäftsführenden Bundesvorstandes waren Teilnehmer diverser Fachtagungen oder haben Einladungen von Landesarbeitsgemeinschaften wahrgenommen.

Nach der Bundesdelegiertenversammlung hat sich H. Gebert zunächst um die Erstellung des Wahl- und des Verlaufsprotokolls bemüht. Bezüglich der Satzungsänderung und der Nachwahl ist die notarielle Beglaubigung am 21. Oktober 2016 in Potsdam zum Anlass der dort durchgeführten geschäftsführenden Vorstandssitzung erfolgt.

Nachfolgend ergingen die Unterlagen an das AG Charlottenburg. Dort erfolgte noch keine Eintragung, da eine Satzungsänderung, die durch das AG Charlottenburg nach der letzten Satzungsänderungseinreichung eingefordert wurde, noch nicht bei der aktuellen Einreichung berücksichtigt wurde und zudem noch Unterschriften auf die Satzung fehlen, welche durch die Protokollanten zu erfolgen hätte. Deswegen hat H. Gebert nachfolgend A. Drees und U. Schulz noch einmal gebeten, dieses zu tätigen, was inzwischen auch erfolgt ist. Die Unterlagen liegen nun vor und stehen zur Entscheidung an. Es darf aber davon ausgegangen werden, dass die Eintragung erfolgen wird.

Rechtsstreit ADBeV vs. Schröer/ RA Deubelli

Am 29.06.2016 wurde die Sache im AG München im Gütetermin erörtert. Zuvor erging von H. Gebert aus eine Stellungnahme wo die Zuständigkeit gerügt und die Vertragslage angezweifelt wurde, mit welcher die Klage begründet wurde. Zudem wurde davon ausgegangen, dass das veröffentlichte Bild gemeinfrei sei.

In der Verhandlung konnte ein Vergleich geschlossen werden, den der Richter vorgeschlagen hatte. Ein Bestehen auf Fortsetzung des Verfahrens hätte für die ADBeV die Gefahr bestanden den Verein bis in die Insolvenz zu führen. Der Richter konnte die hiesige Argumentation nachverfolgen, wonach hier davon ausgegangen wurde, wonach nicht die Fotografin, sondern die Ruhr-Universität Bochum, Botanischer Garten, der Besitzer des Fotos und möglicher Weise Wikimedia zu verklagen gewesen wäre. In einer Hauptverhandlung hätte deswegen auch Vertreter von Wikimedia, der Universität, die Fotografin, der Referent etc. erscheinen müssen, um die Eindeutigkeit abzuklären. Dennoch hätte die Gefahr bestanden, dass wir für den größten Teil der Kosten hätten aufkommen müssen, weil der Moment des Auslösens des Fotoapparates durch die Fotografin, dennoch so etwas wie ein Besitzrecht am Foto definiert.

Die Gegenseite hatte zunächst darauf bestanden ihre Forderung auch in der Vergleichssumme hoch halten zu dürfen, hier mit dem Argument, der Anwalt müsse ja auch leben. Holger Gebert hat in diesem Zusammenhang im Termin deutlich gemacht, was er von diesem Verfahren hält und dem Rechtsanwalt der Gegenseite verdeutlicht, dass es wohl hauptsächlich darum zu gehen scheint, dass

der Anwalt leben könne. Holger Gebert hat diesem klargemacht, dass sein agieren als moralisch verwerflich anzusehen ist.

Der Richter empfahl dann, dass die Vergleichssumme die Hälfte der Forderungssumme betragen und beide Seiten wechselseitig auf die Kosten verzichten sollten. Am Ende war das der Deal. Die Geldsumme ist an die Gegenseite entrichtet worden.

Festzustellen bleibt, dass es dumm gelaufen ist und wir darauf vertraut haben, dass der Referent mit Recht keine Quellenangabe getätigt hat, weil womöglich auch er von Gemeinfreiheit des Bildes ausgegangen ist.

Kassenübergabe

In Verbindung mit dem Verhandlungstermin in der Rechtsstreitigkeit Schröder/RA Deubelli vor dem AG München, kam es auch zu einem Treffen von Holger Gebert und Julia Bichler, wo die Kassenunterlagen und der Zugang zum Onlinekonto übergeben wurde. Julia Bichler hat nachfolgend die Kassenführung übernommen, während Holger Gebert noch die Überweisungen veranlasst, bis der Kassiererwechsel der Bank bekanntgegeben wird und der Vorstand vom Vereinsregister aufgenommen wurde. Nachfolgend soll dann Julia Bichler vollständig den Bereich der Kassenführung übernehmen. Neben ihr soll Holger Gebert und Peter Kleiß Kontenzugangsberechtigt sein, was mit der Bank abzuklären ist. Erste Vorbereitungen sind eingeleitet.

Stellungnahmen

Im Sommer 2016 ging der Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, des Jugendgerichtsgesetzes und der Strafprozessordnung ein, wo binnen vier Wochen eine Stellungnahmeoption möglich war. H. Gebert hatte daraufhin noch einmal Kontakt zum Kollegen Dr. Kipp gesucht und dort um Unterstützung gebeten. Dr. Kipp antwortete relativ spät und übersandte dann seine Stichpunkte aus dem Jahr 2014. Diese hätten vollständig überarbeitet werden müssen, da der Referentenentwurf im Vergleich zum Gesetz über die Stärkung der Bewährungshilfe inzwischen sehr viel umfänglicher geworden war. Zum ursprünglichen Entwurf sind Fahrverbote als Nebenstrafe, Änderungsabsicht beim vorgesehenen Richtervorbehalt für die Anordnung der Entnahme einer Blutprobe, Änderungen im Zusammenhang mit der Anwendung des § 35 BtMG und der Strafverbüßung in anderen Sachen hinzugekommen. Die nett verpackten Absichten zur Stärkung der Bewährungshilfe dienen letztendlich einem ungezügelter Datenaustausch.

H. Gebert hat auf eine Stellungnahme aus Gründen der kurzzeitigen Stellungnahmefrist und der umfänglichen Anforderung zunächst verzichtet.

Ebenso ging eine weitere Stellungnahmeoption bei der ADBeV ein; hier Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Ausführung eines Therapieunterbringungsgesetzes ein, welches an die Thüringer Kollegen übersendet wurde. Auch hier war lediglich eine vier Wochen lange Frist zur Fertigung einer Stellungnahme gegeben, die bis an Weihnachten reichte. Auch diese Möglichkeit konnte nicht genutzt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

In der Ausgabe Süddeutsche Zeitung vom 8. Februar 2017 war ein Interview mit Ute Dörfler zum Thema Elektronische Aufenthaltsüberwachung enthalten.

Flyer

Die Idee Flyer zu entwickeln, wo sprachunkundigen unter Bewährungsaufsicht gestellten Klienten kurz und knapp erklärt wird, was Bewährungshilfe ist und wo beschrieben ist, was Auflagen und Weisungen sind, ist inzwischen umgesetzt und liegt jetzt in mehreren Sprachen vor:

englisch, französisch, arabisch und türkisch sowie polnisch und spanisch

Gespräch mit Mitgliedern des Präsidiums der DBH

Im Rahmen der Gesamtbundesvorstandssitzung im Februar in Berlin kam es auch zu einem Treffen mit den Mitgliedern des Präsidiums der DBH. H. Gebert führt am Vorabend des Gespräches zum Thema ein und schilderte noch einmal, warum es zum Konflikt zwischen den Verbänden seiner Meinung nach gekommen ist. Er informiert auch über die jüngsten Annäherungsbemühungen von Seiten der DBH und umreißt, die Inhalte des anstehenden Gespräches wonach sich:

1. Die Vorstände gegenseitig kennenlernen sollten,
2. Befindlichkeiten ausgetauscht und
3. abklären werden soll, wie zukünftig ein loyaler Umgang bei der Existenz von beiden Verbänden gepflegt werden kann.

Uneinig waren sich die Mitglieder des Gesamtbundesvorstandes zunächst darüber, ob tatsächlich auch frühere Konflikte angesprochen werden sollten und ob es günstig wäre, wenn von Seiten der ADBeV aus, H. Gebert die Diskussion führen sollte.

Der Gesamtbundesvorstand der ADBeV konnte dann das vollständige Präsidium der DBH:

Prof. Dr. Marc Coester, Johannes Sandmann, Gabriele Nagel, Sonja Schmidt, Frank Winter, Matthias Nagel, Ulrike Jensen, Dr. Martin Kurze, Daniel Wolter (Geschäftsführer), Renate Engels begrüßen.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurden mit den Beteiligten, die einmütig eine Wiederannäherung der beiden Verbände wünschten, zunächst kurz die Gründe für die seit Jahren schwierige Zusammenarbeit benannt und erörtert, um die Basis für einen Neubeginn ohne altes Unbehagen zu schaffen.

Es gab von beiden Seiten viele Wünsche und Angebote bezüglich künftiger Kooperation, aber auch Fragen aneinander, die deutlich machten, wie wenig wir uns gegenseitig kennen.

Konsens bestand darin, dass kontroverse fachliche Meinungen grundsätzlich in Ordnung sind, es aber Gelegenheiten zum Austausch, zur Diskussion und kritischen Auseinandersetzung geben sollte. Entscheidend bleibt jedoch, dass mögliche Diskussionen auf Augenhöhe geführt werden. Fachliche Positionen sind nicht in Stein gemeißelt oder, um es mit einem Beispiel eines DBH-Präsidiumsmitgliedes zu sagen: „Risikoeinschätzung ist wie Wetterbericht, die ist bei uns inzwischen vom Tisch“.

FAZIT:

Es sollen regelmäßige Gespräche in kleinerem Rahmen stattfinden, wo etwa 2-3 Vertreter des DBH und geschäftsführender Vorstand teilnehmen sollten.

Herr Wolter bietet ausdrücklich an, dass er bei Fragen oder Anliegen angerufen oder angemailt werden kann (über Geschäftsstelle DBH). Auch von Seiten der ADB besteht dieses Angebot. Holger Gebert hat als erster Ansprechpartner die umfassendste Übersicht über die Mitglieder und kann bei Bedarf Ansprechpartner zu bestimmten Themen in den Ländern vermitteln.

Gemeinsame Stellungnahmen der Verbände, wo eine gemeinsame Haltung besteht, sind eine Möglichkeit, gegenüber der Politik stärker aufzutreten.

Die Planung und Durchführung eines gemeinsamen Bewährungshelfertages im Frühjahr 2019 wird anvisiert. Auch ein Bewährungshelfertag kann verschiedene Meinungen abbilden.

Die DBH beschäftigt sich mit Thema „Resozialisierungsgesetz“ – was in mehreren Bundesländern bereits Thema ist. Die Vertreter der DBH verweisen auf die Fachtagung 3./4. Juli in Frankfurt a. M.

Von den Mitgliedern des Gesamtbundesvorstands wurde das Treffen in der Reflektion des gemeinsamen Gespräches als informativ, konstruktiv und zukunftsweisend bewertet. Das Treffen wird als aufeinander zugehen bewertet und damit sollte eine Basis für die weitere Zusammenarbeit geschaffen sein. Beiderseitig war eine Erleichterung wahrnehmbar, wobei das Erscheinen des gesamten DBH-Präsidiums deutlich macht, dass die ADBeV von dieser ernst genommen wird.

Eine erste Rollenklärung hat bei dem Treffen stattgefunden und es war Gelegenheit sich auszutauschen, wie in dem jeweiligen Verband die Meinungs- und Entscheidungsbildung erfolgt. Deutlich wurde auch, dass Bewährungshilfe nur ein Fachgebiet der DBH darstellt und ca. 95 % der Mitglieder kommen aus der Freien Straffälligenhilfe kommen.

Interessant war auch zu erfahren, dass die Zeitschrift Bewährungshilfe nicht das Organ der DBH ist und eigenständig und verantwortlich arbeitet, was dennoch skeptisch im Nachhinein bewertet wurde.

Im Endergebnis wird in der Auswertungsrunde des Gesamtbundesvorstandes der ADBeV als positiv bewertet, dass ein langsames Tempo für uns gut und ein vorsichtiger Umgang miteinander dem vorangegangenen Konflikt angemessen ist. Strategisch sollte zukünftig Herrn Coester als Präsidenten mehr einbezogen werden, um zu vermeiden, dass der Geschäftsführer in eine ähnliche Rolle kommt, wie sein Vorgänger.

Damit endet der Bericht des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und mir und uns bleibt zu hoffen, dass diese Bundesdelegiertenversammlung und Bundestagung ein Erfolg für uns werden wird.

Lasst uns beginnen...

Holger Gebert

Bundesvorsitzender

